



Matthias Machnig

Staatssekretär

Herrn
Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB
Präsident des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 76 41
FAX +49 30 18615 51 05
E-MAIL buero-st-m@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 7. August 2017

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Eva Bulling-Schröter, Kerstin Kassner und der Fraktion DIE LINKE
betr.: "Offensichtlicher Portobetrug durch sogenannte Reichsbürger"
BT-Drucksache: 18/13171**

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

namens der Bundesregierung beantworte ich die o. a. Kleine Anfrage wie folgt:

Frage Nr. 1

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das in der Vorbemerkung genannte Phänomen des Portobetrugs insbesondere durch sogenannte Reichsbürger unter Berufung auf die Haager Landkriegsordnung, ein Abkommen zwischen dem Deutschen Kaiserreich und dem Weltpostverein aus dem Jahre 1875 sowie das Reichspostgesetz von 1871 und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

Antwort:

Die Bundesregierung führt keine Erhebungen zu Fällen von Portobetrug durch und hat daher keine Kenntnisse dazu.

Frage Nr. 2

Wie erklärt sich die Bundesregierung Pressemeldungen, wonach von der Deutschen Post AG immer wieder unter Berufung auf ein Abkommen zwischen dem Deutschen Kaiserreich und dem Weltpostverein aus dem Jahre 1875 sowie das Reichspostgesetz von 1871 bzw. unter Berufung auf die Haager Landkriegsordnung als Kriegsgefangenenpost gekennzeichnete, gegebenen-

falls mit dem Zusatz „Non domestic F.R.G.“ und eckigen Klammern um die Postleitzahlen versehene deutlich unter- oder gar nicht frankierte Briefe ohne Nachporto zugestellt werden?

Antwort:

Die Bundesregierung hat keinen Einfluss auf den Inhalt von Pressemeldungen. Darüber hinaus wird hierzu auch auf Frage 5 verwiesen.

Frage Nr. 3

Inwieweit werden nach Kenntnis der Bundesregierung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Post AG insbesondere in den Briefzentren auf den Umgang mit tatsächlicher oder fälschlich als solcher deklarierter Kriegsgefangenenpost gesondert hingewiesen bzw. inwieweit liegen für die Mitarbeiter einsehbare Regularien für diese Fälle vor?

Antwort:

Nach Auskunft der Deutschen Post AG sei der Umgang mit nicht ausreichend frankierten oder in unzulässiger Weise als Kriegsgefangenenpost deklarierten Briefsendungen in entsprechenden Arbeitsanweisungen geregelt. Diese seien den Beschäftigten bekannt.

Frage Nr. 4

Welcher geschätzte Schaden entsteht der Deutschen Post AG nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich durch fälschlicherweise als Kriegsgefangenenpost gekennzeichnete oder unter Berufung auf ein Abkommen zwischen dem Deutschen Kaiserreich und dem Weltpostverein aus dem Jahre 1875 sowie das Reichspostgesetz von 1871 unter- oder nichtfrankierte aber dennoch ohne Nachporto zugestellte Briefe?

Antwort:

Der Bundesregierung liegen keine Informationen über den bei der Deutschen Post AG durch entsprechende Sendungen verursachten Schaden vor.

Frage Nr. 5

Aufgrund welcher Gesetze, Regelungen und Abkommen und unter welchen genauen Bedingungen ist die unentgeltliche oder im Porto reduzierte Beförderung und Zustellung von Kriegsgefangenenpost nach Kenntnis der Bundesregierung geregelt?

Antwort:

Entsprechend Art. 74, 124 Genfer Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 12. August 1949 sollen sämtliche Postsendungen an oder

von Kriegsgefangenen im Ursprungs- und Bestimmungsland als auch im Durchgangsland von sämtlichen Postgebühren befreit sein. Ebenso genießen nach diesem Abkommen Auskunftsstellen für Kriegsgefangene Portofreiheit (hierzu wird auch auf Frage 13 verwiesen).

Der aktuelle Weltpostvertrag aus dem Jahr 2016 enthält in Art. 16 u. a. Befreiungen von Postgebühren für Sendungen von oder an Kriegsgefangene. Der Weltpostvertrag bezieht sich nur auf Entgelte, die nationale Postdienstleister gegenseitig im internationalen Postverkehr für die Zustellung ihrer Sendungen im Ausland zahlen.

Frage Nr. 6

Inwieweit hat das Abkommen zwischen dem Deutschen Kaiserreich und dem Weltpostverein aus dem Jahre 1875 noch Gültigkeit bzw. welche Nachfolgeabkommen sind an seine Stelle getreten?

Antwort:

Vertreter des Deutschen Kaiserreichs und 19 anderer Staaten haben zum 1. Januar 1875 die heute unter der Bezeichnung Weltpostverein bekannte Organisation gegründet. Der erste Weltpostvertrag wurde 1878 verabschiedet. Der Weltpostvertrag wird in regelmäßigen Abständen auf dem Weltpostkongress erneuert und ergänzt und gilt jeweils bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses. Der letzte Weltpostvertrag wurde 2016 in Istanbul verabschiedet und tritt 2018 in Kraft.

Frage Nr. 7

Welche und wie viele Internetseiten (inkl. Sozialer Medien) sind der Bundesregierung bekannt, die zum Portobetrug durch fälschlicherweise als Kriegsgefangenenpost gekennzeichnete nicht- oder unterfrankierte Briefe aufrufen?

Antwort:

Die Bundesregierung führt keine Erhebungen zu entsprechenden Inhalten von Internetseiten durch.

Frage Nr. 8

Inwieweit und nach welchen Straftatbeständen im Einzelnen machen sich Personen strafbar, die fälschlicherweise als Kriegsgefangenenpost gekennzeichnete nicht- oder unterfrankierte Briefe aufgeben?

Frage Nr. 9

Inwieweit machen sich Betreiber von Internetseiten nach Kenntnis der Bundesregierung strafbar, die Ratschläge zum Portobetrug durch fälschlicherweise als Kriegsgefangenenpost gekennzeichnete nicht- oder unterfrankierte Briefe geben bzw. dazu aufrufen, seine Post auf diese Weise zu kennzeichnen, um kein oder ein stark reduziertes Porto zu zahlen?

Antwort:

Die Fragen Nr. 8 und 9 werden gemeinsam beantwortet. Die Beurteilung, ob ein konkretes Verhalten strafrechtlich relevant ist, obliegt nach der im Grundgesetz geregelten Aufgabenverteilung - von hier nicht in Betracht kommenden Ausnahmen abgesehen - den Strafverfolgungsbehörden der Länder und den unabhängigen Gerichten. Erkenntnisse zur Behandlung des Sachverhalts, auf den in der Frage Bezug genommen wird, durch die zuständigen Strafverfolgungsbehörden liegen der Bundesregierung nicht vor.

Frage Nr. 10

In wie vielen und welchen Fällen mussten sich nach Kenntnis der Bundesregierung Personen strafrechtlich verantworten, weil sie fälschlicherweise als Kriegsgefangenenpost gekennzeichnete nicht- oder unterfrankierte Briefe aufgaben oder andere dazu aufgefordert hatten, dies zu tun?

Antwort:

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Frage Nr. 11

In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei Razzien im Reichsbürgermilieu Stempel oder Aufkleber mit der Aufschrift „Kriegsgefangenenpost“ sichergestellt?

Antwort:

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Frage Nr. 12

Inwieweit und in welcher Form sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf gegen Portobetrug durch sogenannte Reichsbürger?

Antwort:

Hierzu wird auf Fragen Nr. 1, 4, 10 und 11 verwiesen.

Frage Nr. 13

Welche Praxis gibt es gegenwärtig nach Kenntnis der Bundesregierung hinsichtlich der Beförderung von Kriegsgefangenenpost durch die Deutsche Post AG?

Antwort:

Sendungen mit dem Vermerk „Kriegsgefangenenpost“ werden von der Deutschen Post AG ohne Erhebung eines Entgelts befördert. Der Vermerk „Kriegsgefangenenpost“ darf nur von berechtigten Organisationen verwendet werden, wie z. B. dem Internationalen Roten Kreuz, dem DRK Suchdienst, dem Internationalen Suchdienst Arolsen, dem Kirchlichen Suchdienst, der Deutschen Dienststelle (WASSt) in Berlin und dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge.

Frage Nr. 14

In welchen Staaten gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig Personen, die als Kriegsgefangene im Sinne der Haager Landkriegsordnung gelten, und wieweit ist mit diesen ein unentgeltlicher Briefverkehr möglich?

Antwort:

Die Bundesregierung führt zu diesen Fragen keine Aufstellungen.

Mit freundlichen Grüßen

